

# Lebensbedingungen in der Schweiz unter den besten in Europa

Aktuelle Ergebnisse der Erhebung des Bundesamtes für Statistik.



**BERN** – Im europäischen Vergleich sind der allgemeine Lebensstandard und die Lebenszufriedenheit in der Schweiz weiterhin sehr hoch. Dies sind einige Ergebnisse der Erhebung 2020 über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Die Resultate bilden die Situation vor und zu Beginn der COVID-19-Pandemie ab.

Der allgemeine Lebensstandard wird anhand des medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens gemessen, wobei die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern korrigiert werden. In der Schweiz ist dieses Einkommen 2,6-mal so hoch wie in Griechenland, 1,4-mal so hoch wie in Frankreich, 1,2-mal so hoch wie in Deutschland und 1,1-mal so hoch wie in Österreich. Trotz des hohen Preisniveaus in der Schweiz ist der Lebensstandard der Bevölkerung also höher als in den Nachbarstaaten und der Mehrheit der EU-Länder.

## Konstant hohe Zufriedenheit

Auch die Lebenszufriedenheit ist in der Schweiz hoch. Im ersten Halbjahr 2020 waren 40,4 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren mit ihrem jetzigen Leben sehr zufrieden (2014: 39 Prozent). Bei der letzten europäischen Erhebung 2018 war dieser Anteil nur in Irland, Dänemark, Finnland, Österreich und Norwegen ähnlich hoch wie in der Schweiz. Gemäss ersten experimentellen Auswertungen hat die Lebenszufriedenheit im Lauf der Pandemie allerdings leicht abgenommen: Im ersten Halbjahr 2021 waren nur noch 36,6 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz mit ihrem Leben sehr zufrieden.

## Armutsquote stabilisiert sich auf hohem Niveau

In der Schweiz waren im Jahr 2020 (Einkommen 2019) 8,5 Prozent der Bevölkerung einkommensarm. Die Armutsquote war damit

fast gleich hoch wie im Jahr davor (8,7 Prozent). Auch die Armutsquote der erwerbstätigen Bevölkerung lag stabil bei 4,2 Prozent. Rund 158'000 Personen erzielten trotz Erwerbsarbeit kein Einkommen über der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze wird von den Richtlinien der Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet und betrug durchschnittlich 2'279 Franken im Monat für eine Einzelperson und 3'963 Franken für zwei Erwachsene mit zwei Kindern.

Wie in den Vorjahren sind ausländische Personen, Personen in Einelternhaushalten, Personen ohne nachobligatorische Ausbildung und Personen in Haushalten ohne Arbeitsmarktteilnahme besonders häufig von Einkommensarmut und finanziellen Schwierigkeiten betroffen. [DI](#)

**Quelle:** Bundesamt für Statistik

## Ein Meilenstein in der Prävention

Die Schweiz schützt ihre Kinder und Jugendlichen endlich vor Tabakwerbung!

**BERN** – Die Stimmbevölkerung hat sich mit mehr als 55 Prozent für Kinder ohne Tabak ausgesprochen. Das Initiativkomitee und die breite Trägerschaft freuen sich, dass die Schweizer diesen Meilenstein in der Prävention befürworten, und danken Volk und Ständen für dieses deutliche Ergebnis.

Endlich kann eine der wirksamsten Massnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabak in der Schweiz gesetzlich verankert werden. Bundesrat und Parlament sind nun in der Verantwortung für eine rasche Umsetzung.

Die mit der Volksabstimmung angenommenen Werbebeschränkungen sind ein entscheidender Schritt in der Tabakprävention. Denn eine Mehrheit der Rauchenden hat vor dem 18. Lebensjahr mit Tabak begonnen und riskiert, langfristig abhängig zu werden und zu erkranken. Mit «Kinder ohne Tabak» steigen die Chancen, dass Jugendliche überhaupt nicht erst mit dem Rauchen beginnen. Denn Tabakkonsum führt jährlich zu 9'500 vermeidbaren Todesfällen und ist unbestritten der grösste Risikofaktor für eine Vielzahl von chronischen Erkrankungen. Tabakwerbung hat nachweislich gerade auf Minderjährige grossen Einfluss. Es ist unumstritten, dass Minderjährigen keine Tabakprodukte verkauft werden dürfen – entsprechend ist es nur logisch, dass diese Altersgruppe künftig nicht mehr beworben werden darf.

Das deutliche Abstimmungsergebnis ist ein starkes Zeichen an Bundesrat und Parlament: Der Schutz der Gesundheit und insbesondere der unserer Kinder sind klar höher zu gewichten als wirtschaftliche Partikularinteressen.

## Rasche Umsetzung im Tabakproduktegesetz gefordert

Mit der Annahme der Volksinitiative kommt die Schweiz in der Tabakprävention endlich einen wichtigen Schritt vorwärts. Nun ist es an Bundesrat und Parlament, dem Willen des Volkes zu entsprechen und die Bestimmungen ohne Verzug zu erlassen. Die Initianten haben bereits einen möglichen Umsetzungsvorschlag vorgelegt. Die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Art. 41 Abs. 1, Bst. g BV) kann bereits heute ohne zusätzliche gesetzliche Grundlage im Rahmen der bestehenden bundesrätlichen Strategien erfüllt werden.

Das Verbot von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht (Art. 118, Abs. 2, Bst. b BV), kann im neuen Tabakproduktegesetz umgesetzt werden. Die Trägerschaft wird den Prozess eng begleiten und dem Volkswillen bei Bedarf Nachdruck verschaffen.

## Dank gilt den zahlreichen Unterstützern

In der Beratung zum Tabakproduktegesetz fand die Forderung nach wirksamem Jugendschutz im Parlament trotz der breiten Unterstützung der gesamten Ärzteschaft, der grossen Gesundheitsorganisationen sowie Sucht-, Sport- und Jugendverbänden und zahlreichen weiteren Organisationen leider kein Gehör. Im Abstimmungskampf wurde dafür umso deutlicher sichtbar, wie viele Menschen in der Schweiz das Anliegen unterstützen und sich persönlich engagieren. Ihnen gilt unser Dank. [DI](#)

**Quelle:** FMH

## Hohe Depressionsprävalenz bei Gesundheitspersonal

Länderübergreifende Studie belegt besorgniserregende Entwicklung.

**INNSBRUCK** – Mitarbeiter in den Krankenhäusern und im Rettungswesen sind in der Coronapandemie einer Fülle von Stressfaktoren ausgesetzt, hat eine länderübergreifende Studie – befragt wurde Personal aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Italien – der Universität Innsbruck bekräftigt. Das permanente Tragen von Schutzkleidung, lange Schichten, fehlende Sozialkontakte und moralische Bedenken werden dabei als besonders belastend empfunden.

Laut ao. Univ.-Prof. Dr. Barbara Juen, Psychologin an der Universität Innsbruck und Leiterin der Psychosozialen Dienste beim Roten Kreuz, sind junge Mitarbeiter und Mütter mit kleinen Kindern besonders stark belastet. Die Depressionsprävalenz liege bei Spitalsmitarbeitern bei 47, bei Einsatzkräften im Rettungsdienst bei 40 Prozent.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2021 hätte das Personal vor allem Angst, im weiteren Verlauf dann Machtlosigkeit empfunden. «Jetzt sind sie zornig», sagte Prof. Juen. Vor allem herrsche «Ärger aufs System» vor. Die Betroffenen «sind dünnhäutiger und müssen aufpassen, dass sie nicht die professionelle Distanz verlieren». Laut Prof. Juen bedarf es im Gesundheitswesen einer Ausbildungsoffensive und – dringend – einer besseren Bezahlung. [DI](#)

**Quelle:** [www.medinlive.at](http://www.medinlive.at)

«**Besonders belastend für die Mitarbeiter: das permanente Tragen von Schutzkleidung, lange Schichten, fehlende Sozialkontakte und moralische Bedenken.**»

